

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexandra Hiersemann

Abg. Richard Graupner

Abg. Karl Straub

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Hagen

Abg. Alexander Hold

Abg. Markus Bayerbach

Staatssekretär Gerhard Eck

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Brand in Moria muss Bayern vorangehen und ein humanitäres Zeichen setzen (Drs. 18/9842)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Nach der Brandkatastrophe: Die Aufnahme von Geflüchteten aus überfüllten griechischen Lagern wie Moria ist humanitäre Verpflichtung (Drs. 18/9877)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bayern geht voran - Vor Ort helfen und Wiederaufbau unterstützen! (Drs. 18/9878)

Ich gebe bekannt, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/9842 namentliche Abstimmung beantragt hat.
– Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Gülseren Demirel das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben sie gesehen, die Bilder von brennenden Zelten in Moria, die Flammen, den Rauch. Viele Tausend Menschen, Familien mit Kindern, müssen nun an den Straßenrändern von Lesbos darauf vertrauen, dass die Europäische Union handelt. Die Bilder entsetzen, erschüttern, machen traurig, aber auch wütend; denn das, was sich in

Moria ereignet hat, war – man kann es nicht anders sagen – eine Katastrophe mit Ansage.

Man kann Menschen nicht jahrelang solch katastrophalen und menschenunwürdigen Bedingungen aussetzen, ohne Perspektive und auch noch schutzlos dem Virus ausgeliefert, und sich dann wundern, dass die Situation eskaliert. Das war nur eine Frage der Zeit, und wir alle hier haben das gewusst. Wir alle wissen doch, dass bei jeder anderen Katastrophe dieser Art alles mobilisiert worden wäre, um den Menschen sofort zu helfen. Aber immer dann, wenn es um Flüchtlinge geht, wird mit zweierlei Maß gemessen, statt einfach das zu tun, was Menschen in einer solchen Situation tun müssen, nämlich helfen, versorgen und unterbringen. – Ich rede von Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE steht es völlig außer Frage: Jetzt muss notversorgt und dann – natürlich unter Wahrung des Infektionsschutzes – evakuiert werden. Hierzu gibt es keine Alternative, wenn wir weiteres menschliches Leid verhindern wollen. Ich kann nicht anders als Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der regierenden Fraktionen, Tatenlosigkeit vorzuwerfen. Wir sind überzeugt, dass Bayern vorangehen muss, damit andere mitziehen. Wie sollen wir sonst aus der schon Jahre andauernden Blockade innerhalb der EU herausfinden? – Die bisherigen Trippelschritte der Bundesregierung zur humanitären Aufnahme aus den Hotspots, schon vor dem Brand in Moria, waren völlig ungenügend. Trotz der deutschen Ratspräsidentschaft gibt es bisher keinerlei Bemühungen, das Leid an den EU-Außengrenzen zu verhindern.

Wir haben gemeinsam mit Verbänden und der Zivilgesellschaft in einem Antrag hier im Parlament gefordert, dass Bayern wenigstens mit der Aufnahme besonders Schutzbedürftiger aus Lesbos vorangehen muss. Die Regierungskoalition hat unseren Antrag vor der Sommerpause leider abgelehnt. Für Bayern gilt: Die Zivilgesellschaft und Kommunen – mittlerweile sind es 19 Kommunen in Bayern, 170 bundesweit – sagen lautstark: Wir haben Platz! Wir können und wollen Menschen aufnehmen. – Liebe Kolle-

ginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, daher erwarte ich von Ihnen, dass Sie jetzt, angesichts der jüngsten Katastrophe, schnell und unbürokratisch handeln. Wir haben nämlich schon viel zu viel Zeit verloren. Bayern muss Menschlichkeit und Solidarität zeigen. Deshalb unterstützen Sie bitte unseren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Alexandra Hiersemann das Wort.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hat sich geäußert. Ich zitiere: Nirgendwo herrschten solche unterirdischen, inakzeptablen Zustände wie in Moria. Deutschland solle ein Zeichen der Humanität setzen und müsse die Angebote der deutschen Länder zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria annehmen. All dies sagte er, nachdem Bundesinnenminister Seehofer die Aufnahme von sage und schreibe nur 150 Flüchtlingen aus Moria in Aussicht gestellt hatte.

Nach dem Koalitionsausschuss des Bundes im März dieses Jahres, als die Zustände in den griechischen Lagern uns allen schon lange bekannt waren, wuchs der Druck von einigen Bundesländern und einigen Kommunen zur Aufnahme dieser Menschen auch in Bayern. Es gab von allen Seiten vehemente Kritik und Fassungslosigkeit, nicht nur von den Kirchen oder den vielen Flüchtlingshelferorganisationen. Überall in der Gesellschaft gab und gibt es die Forderung, diesen Menschen aus Moria endlich durch Aufnahme bei uns zu helfen. Vor einer Woche wurde dem Bundesinnenminister mit größter Mühe durch die Vertreterinnen meiner Partei die Aufnahme von 1.500 Menschen – das entspricht nur etwa 400 Familien – geradezu abgerungen.

Was hierbei allerdings von vielen nicht wahrgenommen wurde, ist, dass nach dieser Entscheidung Deutschlands, nur circa 400 Familien der Geflüchteten aufzunehmen, nur diejenigen aufgenommen werden, deren Anerkennungsverfahren in Griechenland schon positiv abgeschlossen wurden. Die schwierige Arbeit der Verfahren überlassen

wir also den Griechen. Wir nehmen nur die, die uns dann möglichst wenig Mühe machen. Das ist eine sehr billige Lösung, und das ist zu wenig!

Mit unserem Antrag sagen wir nun: Diese Zahl ist nicht genug. Was bisher entschieden worden ist, ist einfach nicht genug. Dasselbe sagen übrigens auch zahlreiche Unionsabgeordnete im Bundestag. In einem Brief an ihren eigenen Bundesinnenminister fordern Sie die Aufnahme von rund 5.000 Flüchtlingen, ich zitiere, "notfalls auch durch Deutschland allein". Sie schreiben, es gehe jetzt nicht vorrangig darum, europäische Flüchtlingspolitik zu betreiben, sondern offensichtliche menschliche Not zu lindern. Deutschland dürfe nicht auf andere warten.

Ebenso ist auf den Brief von 92 Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion an die Kanzlerin hinzuweisen, die fordern, dass Deutschland umgehend in der Größenordnung Geflüchtete aus den betroffenen Lagern aufnehmen sollte, in der bereits Zusagen aus den Bundesländern vorliegen. Auch viele Vertreter der Wirtschaft fordern laut humanitäre Hilfen, nachzulesen im "Handelsblatt" vom 15. September.

Es gibt also für die Aufnahme der Menschen, für ein angemessenes Kontingent aus den griechischen Lagern, in denen ein Leben nicht möglich ist, Zuspruch von allen Seiten. Dieser Zuspruch, der sich in allen Teilen der Gesellschaft äußert, ist ein gutes und sehr wichtiges Zeichen, gerade in diesen Zeiten der Pandemie. Er zeigt nämlich, dass es bei uns noch das Gefühl des Miteinanders von Menschen mit Menschen, egal welcher Herkunft, gibt. Er zeigt auch, dass die Begriffe von Solidarität und Nächstenliebe für viele unserer Bürgerinnen und Bürger keine Plattitüden sind.

Ich will heute gar nicht an Ihrem Bundesinnenminister herumkritisieren. Hier und heute muss es um das Leben dieser armen, bedauernswerten Menschen in Not gehen und nicht um Parteipolitik. Es geht um einen breiten Konsens in der Zivilgesellschaft und in den Parlamenten, soweit die demokratischen Fraktionen betroffen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, bitte machen Sie sich bewusst, dass diese abscheulichen und beschämenden Zustände in eu-

ropäischer und auch in deutscher Mitverantwortung liegen. An diesen Lagern, am Umgang mit den Geflüchteten dort zeigt sich, für welche Werte Europa stehen will.

Wenn bei uns die rechtlichen Grundlagen für die Aufnahme von 400 Familien bzw. rund 1.500 Menschen geschaffen werden können, dann können ja auf derselben Grundlage auch deutlich mehr Menschen aufgenommen werden. Natürlich bleiben neben alledem die Bemühungen um eine europäische Lösung äußerst dringend. Heute hat die EU-Kommission einen "Pakt für Migration und Asyl" vorgelegt, mit dem das Dublin-System reformiert werden soll. Hier wird nun endlich in den Blick genommen, dass wir eben nicht einige der europäischen Länder weiterhin mit der Flüchtlingsfrage alleinlassen dürfen.

Ein Wort zu dem, was uns von mancher Seite vorgehalten wird, man dürfe keine Brandstifter hier aufnehmen. Niemand weiß zum einen bisher, wer den Brand im Lager gelegt hat, nichts ist nach rechtsstaatlichen Grundsätzen belegt, und es wird zum anderen niemand behaupten wollen, dass es dort 12.000 Brandstifter gibt. So viel zum Antrag der AfD, die die Geflüchteten in den Lagern, die Kinder, die Schwangeren, die Alten und die Kranken, entgegen allen Grundsätzen der Menschlichkeit offenbar in Sippenhaft nehmen will.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Sie haben im Juni dieses Jahres unseren Antrag aus dem März abgelehnt, in dem wir ein humanitäres Soforthilfeprogramm für Geflüchtete aus den Hotspots in Griechenland gefordert haben. Bitte helfen Sie heute diesen Menschen in ihrer furchtbaren Not. Sie würden sich damit in bester Gesellschaft befinden, und Sie würden sich von dem abgrenzen, was von der ganz rechten Seite dieses Hauses heute kommt. Bitte stimmen Sie also unserem Antrag zu.

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir natürlich gern zu; er ist ja nichts anderes als die schnelle verkürzte Wiederholung dessen, was wir vor circa zehn Tagen schon beantragt hatten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann.

(Zuruf)

Nächster Redner für die AfD-Fraktion ist Herr Abgeordneter Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Zeichen wollen GRÜNE und SPD setzen – wieder einmal. Solidarisch wollen sie sich zeigen mit den Wanderern zwischen den Wohlstandswelten – wieder einmal. Aus angeblich rein humanitären Gründen soll Bayern nun buchstäblich abgebrannten Migranten Unterschlupf und Heimstatt werden – wieder einmal.

Aber was für ein Zeichen wäre das? Ich will es Ihnen beantworten. Es wäre ein fatales Zeichen sowohl in Richtung aller Migranten als auch in Richtung unserer europäischen Freunde. Führen wir uns kurz vor Augen: Entgegen dem erklärten Willen der griechischen Regierung und entgegen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der europäischen Nachbarländer und entgegen den eigenen Verlautbarungen, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, hat die Kanzlerin beschlossen, fast 3.000 Migranten aus Moria in Deutschland aufzunehmen.

Es war so sicher wie das Amen in der Kirche, und die AfD hat schon früh nachdrücklich davor gewarnt. Wenn die Brandstifter von Moria Erfolg haben mit ihrem kriminellen Handeln, wird dieses Exempel schnell Nachahmer finden. Genau so ist es auch gekommen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Vergessen wir nicht, die kriminelle Energie so manches Reisebegeisterten beginnt ja nicht erst mit dem Anzünden der eigenen Behausung, bereitwillig haben sich viele

zuvor gegen teures Geld in die Hände von kriminellen Schlepperbanden begeben. Die Wallfahrt nach Europa begann also bereits mit dem strafbaren Versuch der illegalen Einreise.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Wer derlei Verhalten auch noch aktiv durch die Aufnahme dieser Leute unterstützt, nimmt nicht nur die Gefährdung der inneren Sicherheit Deutschlands in Kauf, sondern auch die Gefährdung von Gesundheit und Leben der Insassen in den Migranten-Lagern. Er trägt eine Mitschuld, wenn dort durch weitere Brandstiftungen Menschen verletzt oder gar getötet werden.

(Beifall bei der AfD)

Aber das ist den GRÜNEN und der SPD in ihrem Weltverbesserungswahn augenscheinlich egal. Somit zeigt sich letztlich ein menschenverachtender Zynismus hinter der Fassade Ihrer zur Schau gestellten Hypermoral. Was von den linken Parteien nicht anders zu erwarten ist, erschreckt und befremdet umso mehr bei der einst konservativen CSU. Das Einknicken vor dem zeichensetzenden Zeitgeist, eigentlich eine Königsdisziplin von Innenminister Seehofer, wird uns nun auch vom Bayerischen Ministerpräsidenten geschmeidig "vorgeturnt". Substanziell mehr Migranten müssten wir nun aufnehmen, ließ er jüngst verlautbaren. Was für eine Enttäuschung für seine gutgläubigen Wähler!

Nein, Herr Söder, ich sage Ihnen: Wir brauchen keinen deutschen Alleingang. Genau das waren Ihre eigenen Worte noch im März dieses Jahres. Vor lauter Zeichensetzen sind die GRÜNEN und ihre Gesinnungsgenossen in den Altparteien unfähig, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Denn immer mehr Bürger haben kein Verständnis für Ihre moralgetränkte Weltwohlfahrtspolitik.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion hat darum in einem eigenen Antrag ebenfalls ein Zeichen gesetzt, ein Zeichen der Solidarität mit unseren eigenen Landsleuten und unseren europäischen Nachbarn. Wir fordern die Staatsregierung auf, sich jedweder Aufnahme der Moria-Migranten strikt zu widersetzen, sowohl auf Bundes- als auch auf bayerischer Ebene.

Sorgen wir dafür, dass den Migranten vor Ort beim Wiederaufbau ihrer Unterkünfte geholfen wird, sodass sie dort die Möglichkeit haben, das Ergebnis ihres Asylverfahrens abzuwarten, und bei zu erwartender Ablehnung ihres Asylantrags zügig in ihre Heimatländer zurückkehren können.

Jedes Mitglied dieses Hohen Hauses, dem eine verantwortungsvolle Migrationspolitik am Herzen liegt, muss die Anträge der GRÜNEN und der SPD ablehnen. Stimmen Sie stattdessen für den Antrag der AfD-Fraktion im Interesse Bayerns, Deutschlands und Europas.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Karl Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon beim Lesen des Antrags der AfD war ich absolut fassungslos. Nach dieser Rede steigert sich meine Fassungslosigkeit. Wenn jemals jemand ein Bild aus Moria gesehen hat, und zwar nicht erst seit dem Brand, sondern von dem, was vorher schon in Moria geschehen ist, und dann diese Menschen als Wanderer zwischen den Wohlstandswelten bezeichnet, dann ist das einfach nur noch beschämend für dieses Hohe Haus.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, es sind knapp 12.000 Leute in Moria untergebracht gewesen. Momentan sind sechs Leute in Untersuchungshaft. Frau Hiersemann hat gesagt, es sei ein kor-

rekt staatliches Verfahren gelaufen. Ich kann hier nur feststellen: 12.594 Leute haben auf jeden Fall keine Brandstiftung begangen, und die leben seit Monaten und Jahren unter sehr widrigen Umständen.

Ich glaube, die demokratischen Parteien in diesem Haus sind sich da absolut einig, wenn wir uns auch über die weitere Vorgehensweise nicht einig sind. Ich finde es nach wie vor beschämend.

Ich habe gerade noch die Zwischenrufe von Frau Ebner-Steiner und von Herrn Mang mitbekommen. Ich schäme mich nur noch, wenn ich so etwas höre.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Lassen Sie uns die Situation in Griechenland allgemein noch einmal anschauen. Wir haben nicht nur in Moria Probleme, sondern insgesamt auf den Ägäischen Inseln. Dort sind 27.000 Menschen untergebracht. Eigentlich sind die Aufnahmelager nur für 7.000 Menschen gedacht.

Ich habe es erwähnt: Die Lebensbedingungen in Moria sind sicherlich kein Aushängeschild für Europa. Übrigens hat unser Bundesinnenminister auch sehr deutlich gesagt, dass es für Europa unwürdig ist, was dort momentan passiert.

Ich kann dem nicht folgen, dass noch nichts getan worden ist, Frau Demirel. Momentan läuft die europäische Hilfe in Moria auf Hochtouren. Also da wird einiges getan. Es sind schon 100.000 Hilfsgüter dorthin gebracht worden, es ist die Wasserversorgung wieder sichergestellt worden, es sind 700 Zelte aufgestellt worden. Es können dort wieder 5.000 Menschen untergebracht werden. Es sind wieder nur 5.000 Menschen, und vor Ort sind aber 12.600 Menschen.

Frau Hiersemann, in Ihrem Antrag – Sie haben es in Ihrer Rede nicht ausgeführt – bemängeln Sie, dass wir die Kinder noch gar nicht aufgenommen haben, was wir im Frühjahr oder im späten Winter beschlossen haben. Das Programm läuft. Es ist mo-

mentan wegen Corona-Schutzmaßnahmen nur sehr begrenzt möglich. Ich habe die Information, dass es bis Ende September/Anfang Oktober abgeschlossen sein soll.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

– Sie können gern eine Zwischenbemerkung machen. Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Ich begrüße ausdrücklich, was unser Bundesinnenminister – ich habe es nicht so wahrgenommen, dass es ihm von der SPD abgerungen wurde – mit der Kanzlerin und wahrscheinlich auch mit unserem Koalitionspartner so abgesprochen hat, dass wir 400 besonders vulnerable Menschen aufnehmen. Die Zahl wird immer zu Kritik führen. Ich habe dazu ein Interview geben müssen. Es ist egal, was man macht: Man bekommt von der einen Seite Kritik, man bekommt von der anderen Seite Kritik. Die einen sagen: Wir machen viel zu viel. – Ich will über die aber gar nicht mehr reden. Die anderen sagen: Wir machen hier zu wenig. Ich glaube, wir müssen aber schon darauf schauen, dass das Ziel weiterhin eine europäische Lösung ist.

Zu Ihrem Antrag: Ich finde ein Landesaufnahmeprogramm organisatorisch überhaupt nicht richtig und nicht machbar. Die Bundesrepublik muss hier handeln. Sie hat zwar gehandelt, strittig ist aber die Zahl. Man könnte sagen, man könnte ein bisschen mehr machen. Andere sagen, man könnte ein bisschen weniger machen. Ich bin sehr froh, dass wir diese 1.500 Menschen aufnehmen. Ich hoffe, dass wir das sehr schnell tun.

Ich habe große Hoffnung, dass dieses Paket, das Frau Hiersemann angesprochen hat, jetzt endlich in der EU-Kommission angenommen wird, damit wir in Europa wirklich weiterkommen.

Ich darf seit sieben Jahren die Asylberichterstattung machen und kann sagen: Wir haben in Europa zwar Schritte gemacht, aber es war schon schwierig. Wir reden seit sieben Jahren von diesen europäischen Lösungen. Ich möchte hier ausdrücklich unseren Bundesinnenminister loben, der jetzt in der Öffentlichkeit dafür geworben hat

und sich stark einsetzt, um eine europäische Lösung zu finden. Das ist der einzig richtige Ansatz. Wir brauchen bei der Asylpolitik einen ganzheitlichen Ansatz. Es ist schon gesagt worden: Asylpolitik beginnt bei der Fluchtursachenbekämpfung, betrifft den Schutz der EU-Außengrenzen und schnelle Asylverfahren. Ich möchte noch erwähnen, dass es natürlich auch nicht hilfreich ist, dass die Anhörungen in Griechenland erst Ende 2022 stattfinden werden. Wenn man unter diesen Umständen leben muss und seinen Anhörungstermin erst 2022 hat, trägt das natürlich nicht zur Deeskalation bei.

Wir müssen natürlich auch anderen Dinge berücksichtigen. Es könnte wieder einen Pull-Effekt geben. Ich persönlich weiß nicht, ob so etwas einen Pull-Effekt auslöst, weil wir schon im Frühjahr beobachtet haben, dass die Fluchtbewegungen wieder stärker geworden sind. Ich unterstütze daher, wie gesagt, die Bundesregierung in ihrem Schritt. Sie alle wissen, die Entscheidung ist immer sehr schwierig. Sie alle wissen, was in solchen Fällen immer in den sozialen Medien los ist. Der Shitstorm ist einem sicher, egal wie man sich äußert, weil die AfD leider durch ihre einfachen Ansätze, die sie nach außen verbreitet – –

(Zurufe)

– Sie machen es immer sehr einfach. Ich habe von Ihnen schon wieder einen Post gelesen: Wir holen die Brandstifter nach Deutschland. – Ich habe schon gesagt: Solche Äußerungen sind beschämend. Ich hoffe auf eine europäische Lösung, und ich bin dankbar, dass sich Deutschland und Bayern bereit erklärt haben, 1.500 Menschen zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Interventionen. Die erste Intervention kommt vom Kollegen Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Straub, dass die GRÜNEN und die SPD hier integrieren wollen bis zum letzten Morianer, ist vollkommen klar. Aber dass die CSU hier mitmacht, ist schon sehr überraschend. Sie verurteilen jetzt die AfD für ihre Position, dass wir keine Flüchtlinge aus Moria aufnehmen wollen. Verurteilen Sie auch die Position Ungarns, zum Beispiel jene Herrn Orbáns, den Sie vor nicht allzu langer Zeit bei Ihrem Parteitag der CSU hofiert haben? Was ist mit Österreich? Was ist mit Italien? Verurteilen Sie die Positionen dieser Regierungen auch?

Ich stelle einfach nur fest: Die deutsche Position – und in diesem Falle ist das Ihre Position – ist so: Wir sind in Europa isoliert, es wird keine europäische Lösung geben.

(Beifall bei der AfD)

Karl Straub (CSU): Ich habe hauptsächlich die Wortwahl kritisiert, die Sie in den Anträgen zeigen. Ich habe, soweit ich mich erinnere, in meiner Rede immer gesagt: Man kann über diese Regel streiten. Bei Sebastian Kurz wird vergessen, dass Österreich zum Beispiel in diesem Jahr schon 400 allein reisende Kinder aufgenommen hat, also sich nicht komplett verwehrt. Sebastian Kurz bringt durchaus Argumente, die man achten muss.

Ich weiß, das ist alles sehr komplex und in einer Minute nicht zu beantworten. Ich weiß, dass wir hier seit Monaten und Jahren ein Problem haben. Wir reden aber erst jetzt darüber, weil es erst kürzlich in Moria gebrannt hat. Derjenige, der das schon länger beobachtet, bemerkt aber, dass wir hier eine ganz schwierige Situation haben. Da gibt es verschiedene Lösungsansätze.

Ich verurteile bei Ihnen die absolut menschenverachtende Ausdrucksweise in Ihren Anträgen. Wir reden hier von Menschen und nicht von – – Ich möchte es gar nicht weiter ausführen. Es sind Menschen, und diese Menschen sind als Menschen zu behandeln.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich bitte die Abgeordnete Demirel zur Intervention.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kollege Straub, was mich bei Ihnen immer wieder überrascht, ist, dass Sie, wenn Sie zu diesem Thema reden, immer sehr empathisch sind, was ich auch sehr schätze. Aber wenn es um das Ergebnis geht, geben Sie überhaupt keine Antwort, sondern Sie zeigen auf eine andere Ebene, obwohl es eigentlich auch die Möglichkeit gibt, als Bundesland zu handeln. Wir haben Beispiele, dass es geht: Baden-Württemberg hat als einziges Bundesland ein Programm für 1.500 Jesidinnen aufgelegt. Ich bin kein Fan von Armin Laschet, aber Nordrhein-Westfalen hat gerade ein Aufnahmeprogramm für 1.000 Personen beschlossen.

Dem anderen, was Sie gesagt haben, nämlich dass die Versorgung auf Lesbos gewährleistet sei, ist zu entgegnen: Mein Informationsstand vom letzten Wochenende war, dass von den fast 13.000 Menschen noch nicht einmal 2.000 in festen Zelten untergebracht sind, die Nahrungs- und Wasserversorgung bei Weitem nicht funktioniert und die Menschen unter freiem Himmel auf Gehwegen übernachten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das Ergebnis, welches Sie aus Ihrer Empathie erzielen, ist für mich jedes Mal mit einem großen Fragezeichen versehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Karl Straub (CSU): Frau Demirel, die Überraschung liegt auf beiden Seiten. Dass Sie mich als besonders empathisch darstellen, freut mich. Ich habe ja gerade von Ergebnissen berichtet. Ich habe mich ganz persönlich eingebracht, dass wir diesen besonders vulnerablen Menschen eben diese Hilfe leisten.

Wir haben aber auch eine Gesamtverantwortung. Ich glaube, wir müssen auch die gesellschaftliche Situation im Blick behalten. Ich weiß, das ist alles sehr schwierig. Ich

habe die Leute dort auf der rechten Seite nicht erfunden, aber wir müssen die Gesellschaft schon noch zusammenhalten.

(Zurufe von der AfD)

Wir sind im Augenblick noch mitten in der Corona-Pandemie. Es ist in dieser Phase, während der es sehr, sehr vielen Menschen in Deutschland nicht sonderlich gut geht, natürlich bedenklich, wenn wir sagen würden: Wir nehmen 13.000 Menschen auf einmal auf. Ich sage deswegen: Wir müssen weiter an einer europäischen Lösung arbeiten, weil das der einzig richtige Ansatz ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter.

Karl Straub (CSU): Ich habe mich dafür eingebracht, und ich habe es versucht. Noch einmal danke für das Lob.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Martin Hagen von der FDP-Fraktion auf.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weder Wanderer zwischen den Wohlstandswelten noch Reisebegeisterte sind es, um die wir uns heute kümmern, sondern es sind verzweifelte Menschen, die unter erbärmlichen Bedingungen hausen. Ich glaube, derjenige, den dieses Schicksal kalt lässt, zeigt, dass er kein Herz hat und für die Politik ungeeignet ist.

(Zuruf: Das ist nicht nötig! – Beifall)

Ich halte die Aufnahme der 1.500 Menschen aus Moria, auf die sich die Bundesregierung jetzt geeinigt hat, für eine gute und pragmatische Lösung. Das sind Menschen und Familien mit einem anerkannten Schutzstatus. Ich glaube aber, dass wir von Alleingängen von Bundesländern oder Kommunen, wie es mitunter gefordert wird, die Finger lassen sollten, und zwar allein schon deshalb, weil es letztlich der Bund ist, der

für die Finanzierung Geflüchteter die Verantwortung trägt. Man kann als Kommune oder Land leicht sagen: Wir haben Platz, bringt die Menschen zu uns! – Das wäre aber nicht fair, weil letztlich doch alle gemeinsam an der Finanzierung mitwirken müssen.

Ich halte es auch für problematisch, Menschen unabhängig von ihrem Schutzstatus gegen den Willen Griechenlands aus griechischen Lagern nach Deutschland zu holen. Wenn das dazu führen würde, dass dann, wenn wir diese Menschen aus Moria evakuieren und sie nach Europa bringen – wahrscheinlich de facto überwiegend nach Deutschland –, das Problem nachhaltig gelöst wäre, dann würden Sie dafür meine Zustimmung finden. Deutschland könnte diese Zahl von Menschen auch noch aufnehmen. Ich bin mir aber leider sehr sicher, dass es damit nicht getan wäre. Ich habe vielmehr die Befürchtung – und das ist auch der Grund, warum die Griechen das überhaupt nicht wollen –, dass eine solche Evakuierung lediglich dazu führen würde, dass das Schleppergeschäft neu befeuert wird. Es würde Wochen, höchstens Monate dauern, bis Lager wie Moria wieder überfüllt wären, weil sich mehr Menschen auf den Weg machen, wenn sie wissen, sobald sie eine griechische Insel erreicht haben, haben sie die Option, nach Deutschland zu kommen. Das kann aber nicht in unserem Interesse sein, und das kann auch nicht im Interesse der Flüchtlinge sein, die in den türkischen Lagern warten.

Das EU-Türkei-Abkommen halte ich bei allen Problemen, die damit verbunden sind, nach wie vor für einen in der Sache guten Weg. Menschen, die illegal von der Türkei auf eine griechische Insel reisen, werden nach diesem Abkommen zurück in die Türkei verbracht, und im Gegenzug nimmt Europa Menschen aus türkischen Flüchtlingslagern auf, die einen anerkannten Schutzstatus haben. Das System ist grundsätzlich gut. Momentan scheitert es insbesondere an der griechischen Asylbürokratie. An diesem Punkt sollten wir Griechenland stärker unterstützen. Wir sollten Griechenland bei der Abwicklung der Asylverfahren unterstützen, damit dieser Mechanismus greifen kann: Menschen ohne Aufenthaltsrecht kommen zurück in die Türkei, dafür holen wir

aus der Türkei Menschen, die bei uns einen Schutz zuerkannt bekommen. Wir sollten auch Hilfe leisten beim Betrieb der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln. Hier kann Deutschland, beispielsweise das Technische Hilfswerk, einen substantziellen Beitrag leisten, damit die Situation der Menschen vor Ort verbessert wird.

Wie gesagt, wenn wir eine Möglichkeit hätten, die Situation auf einen Schlag zu lösen, würde ich sagen: Lasst uns die Menschen aufnehmen. Allein mir fehlt der Glaube. Die griechischen Behörden haben ihren Grund, dass sie das überhaupt nicht wollen. Wir sind hier in einem moralischen Zwiespalt zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Ich glaube, wir müssen die Folgen unseres Handelns immer mit berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Anträge ab. Wie gesagt, die Aufnahme durch die Bundesregierung finde ich eine sinnvolle und pragmatische Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als Nächsten rufe ich Herrn Vizepräsidenten Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer angesichts der Bilder, die uns in den letzten Wochen von der Insel Lesbos erreicht haben – Bilder von Kindern, die mitten in der Europäischen Union halb nackt im Rinnstein sitzen, Bilder von Familien, die sowohl ihre letzten Habseligkeiten als auch das letzte Zeltdach verloren haben, die ihrer Würde beraubt unter beschämenden Umständen vor dem Nichts stehen –, wer angesichts solcher Bilder ganz plump nur von Brandstiftern und von Wanderern zwischen den Wohlstandswelten spricht, der hat letzten Endes den Boden unserer europäischen Werte verlassen, der hat nichts mehr am Hut damit. Meine Damen und Herren, der hat vergessen, dass in unserem deutschen Grundgesetz über allem die Menschenwürde steht und nicht die geistige Brandstiftung.

(Beifall)

Hier geht es zuallererst um Menschen. Hier geht es zuallererst um eine schnelle humanitäre Lösung betreffend menschenunwürdige Umstände. Allen Kommunen, allen Bundesländern, die sich bereit erklärt haben, an dieser humanitären Lösung durch die Aufnahme von Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern mitzuarbeiten, möchte ich hier generell meinen größten Respekt aussprechen. Das ist genauso richtig und wichtig wie andererseits die Forderung nach einer grundsätzlichen europäischen Lösung der Verteilung der Flüchtenden ohne deutsche Alleingänge.

Die Forderung nach einer grundsätzlichen europäischen Lösung in der Asylpolitik und die akute Hilfe bei der menschlichen Tragödie auf Lesbos, die darf man doch nicht einfach vermengen. Vor allem aber darf diese Forderung kein Grund sein, sich dahinter zu verschanzen und das Leid auf den griechischen Inseln aus dem Auge zu verlieren. Das tut die Bayerische Staatsregierung aber auch nicht. Beim besten Willen, das tut sie nicht. Inzwischen tut das auch die Bundesregierung nicht. Auch die EU-Kommission tut das zumindest seit heute nicht mehr. Sowohl ich als auch der Herr Ministerpräsident haben frühzeitig nach dem Brand von Moria erklärt, dass Bayern sich der humanitären Verantwortung bewusst ist und die Bereitschaft signalisiert, einen substanziellen Beitrag durch die Aufnahme einer beträchtlichen Anzahl obdachlos gewordener Menschen zu leisten. Auch die Bundesregierung hat genau das inzwischen zugesagt. Sie hat das zusätzlich zu der im Koalitionsausschuss des Bundes am 8. März 2020 vereinbarten Flüchtlingsaufnahme aus Griechenland zugesagt. Die ist übrigens bereits in der Umsetzung. Darüber hinaus werden weitere 408 Familien mit insgesamt 1.553 Personen aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich zu dem einen Antrag, der wieder einmal von einem Einströmen von Migranten in beliebiger Zahl schwadroniert, sagen, dass der Anteil Bayerns an dieser humanitären Geste umgerechnet eine Familie pro Landkreis beträgt. Das ist eine Familie pro bayerischem Landkreis. Ich glaube, das ist etwas, was man denjenigen einmal sagen muss, die letzten Endes eine wirtschaftliche oder gar kulturelle Gefahr für unser zum Glück so leistungsfähiges Bayern konstruieren wollen.

Zum Antrag der GRÜNEN, die Voraussetzung für ein eigenes bayerisches Aufnahmeprogramm zu schaffen: Dazu lässt sich sagen, Bayern leistet seinen Anteil. Bayern leistet seinen Anteil im Rahmen der solidarischen bundeseinheitlichen Hilfe in vollem Umfang, auch ohne ein zusätzliches bayerisches Landesaufnahmeprogramm, und zwar ohne Wenn und Aber. Ich glaube, die beiden Vorredner haben das sehr deutlich und genau geschildert, warum das der richtige Weg ist. Uns Tatenlosigkeit zu unterstellen, Entschuldigung, das ist eigentlich eine Frechheit. Auch das ist ein Versuch, diese armen Menschen zu instrumentalisieren.

Zum Antrag der SPD, Deutschland solle über die am 8. März 2020 vereinbarte Zahl hinaus Flüchtlinge aufnehmen: Auch das müssen wir letzten Endes ablehnen, denn das tut Deutschland. Die Vereinbarung vom 8. März 2020 ist in der Umsetzung. Herr Kollege Straub hat es geschildert. Deutschland nimmt demnach 53 unbegleitete Minderjährige, 243 kranke Kinder und ihre Kernfamilien auf. Das sind etwa 1.000 Menschen. Das war am Anfang nicht so einfach, inzwischen ist das aber in der Umsetzung. Spätestens im Oktober wird das abgeschlossen sein. Nach dem Brand nimmt Deutschland jetzt zusätzlich 150 unbegleitete Minderjährige und 408 Familien auf. Damit sind es insgesamt ungefähr 2.700 Menschen, die Deutschland aufnimmt. Bayern leistet seinen Beitrag. Das sind Menschen, die bereits einen Schutzstatus haben. Das sind also Familien, bei denen nicht die Befürchtung einer sofortigen Ausweisung besteht. Man kann sie integrieren; sie können sich um Integration bemühen. Das ist eine Lösung, keine billige Lösung, sondern eine Lösung, die Griechenland entlastet. Das ist eine Lösung, die dem Einwand Rechnung trägt, dass ein falsches Signal gesetzt werden könnte. Durch diesen Ansatz wird das Signal gesetzt, dass erst die Anerkennung des Schutzstatus in einem EU-Mitgliedstaat die Weiterreise in einen anderen Mitgliedstaat ermöglichen kann. Punkt. Zugleich ist das der Wille zur Erreichung einer europäischen Lösung.

Heute hat endlich auch die EU-Kommission einen Migrationspakt mit ermutigenden Ansätzen angekündigt: für Krisensituationen wie Moria, für Situationen mit Zunahme

von Flüchtlingen, für Seenotrettungsfälle. Ich glaube, das ist durchaus etwas, was uns Mut machen kann. Vor zwei Monaten habe ich hier gesagt, wir sind gerne bereit, uns auch weiterhin innerhalb der Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass Bayern nicht nur die im Rahmen der europäischen Pflichten notwendige Anzahl an schutzbedürftigen Geflüchteten aufnimmt und unterbringt, sondern darauf hinarbeitet, dass Deutschland Taktgeber für eine europäische Lösung wird, aber nicht für einen kontraproduktiven bayerischen Alleingang. Das war damals so richtig und wichtig wie heute. Genau so, wie ich es gesagt habe, ist es gekommen. Das ist gut so, und deshalb sind Ihre Anträge abzulehnen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie, bitte. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Bayerbach. Herr Abgeordneter. Bitte.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Hold, wenn Sie die schrecklichen Bilder bemängeln: Wo war Deutschland, wo war Bayern die letzten fünf Jahre? – Die Bilder sind nicht neu, und auch in den letzten fünf Jahren waren die Bedingungen absolut menschenunwürdig. Dann kann man Ihnen schon jahrelange Tatenlosigkeit vorwerfen.

Meine Frage dazu: Helmut Schmidt hat immer gesagt, ein Staat darf sich nicht erpressen lassen. Wie stehen Sie als Richter dazu, wenn NGOs jetzt ganz offen dazu aufgerufen haben, Lager abzufackeln, wenn die Insassen oder die Flüchtlinge die Lager nicht als menschenwürdig betrachten, um dann nach Europa zu kommen? Finden Sie, das ist wirklich der richtige Weg, wenn man die Einreise nach Europa auf diese Art erpresst?

(Beifall bei der AfD)

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Werter Herr Bayerbach, ich finde es zum Ersten beachtlich und nehme mit Freude zur Kenntnis, dass Sie gerade sagen, wer in den letzten Jahren nicht mehr Flüchtlinge aufgenommen habe, sei untätig gewesen und

habe menschenunwürdige Verhältnisse gefördert. Herzlichen Dank. Ich glaube, da entfernen Sie sich aber von Ihrer Fraktionsmeinung.

Zum Zweiten zur Aussage, dass NGOs angeblich dazu aufforderten, Lager abzufackeln: Ich weiß, dass es im Internet viele Informationsquellen gibt, die ganz weit von den Fakten entfernt sind. Ich nehme an, Sie haben sich einer solchen bedient.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Vizepräsident. – Für die Bayerische Staatsregierung darf ich jetzt Herrn Staatssekretär Eck das Wort geben.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Redner haben es mir verhältnismäßig einfach gemacht. Ich brauche nur noch einige wenige Sätze anzufügen. Gerade hat es auch der Kollege Hold noch einmal auf den Punkt gebracht. Besonders auffällig ist – ich kann das an dieser Stelle einfach nicht für mich behalten –, dass wir hier über Brandstifter reden und zynisch staatsmännische Größe ansprechen. Gerade die letzte Zwischenbemerkung hat noch einmal deutlich gemacht, dass man darauf eigentlich nicht reagieren muss, dass man das nicht kommentieren muss. Das ist so unterirdisch, dass es einfach nicht menschenwürdig ist. Das ist allertiefste Schublade. Sorry, es tut mir leid, ich werde nicht näher darauf eingehen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Demirel, Sie haben es sicherlich gut gemeint. Ich will Sie an dieser Stelle auch nicht kritisch hinterfragen, aber so, wie man die Diskussion in die eine, so kann man sie natürlich auch in die andere Richtung abdriften lassen. Die Kollegen Straub und Hold haben bereits Zahlen genannt. Ich finde es auch nicht gut, wenn man die eigenen Leistungen und das eigene Engagement einfach run-

terdrückt, einfach verschweigt und nicht anspricht. Einige wenige Zahlen müssen daher einfach noch einmal angesprochen werden.

Wir reden hier von über 100.000 Hilfsgütern, von Betten, Zelten, Lebensmitteln und ähnlichen Dingen bis hin zu Unterkünften. Das ist bereits getan, ist organisiert und gemanagt worden. Man kann doch nicht sagen, dass das einfach nichts sei. Deutschland nimmt mit weiteren zehn europäischen Staaten zusammen 400 unbegleitete Minderjährige sowie knapp 1.000 Minderjährige mit ihren Kernfamilien aus Griechenland auf.

Liebe Damen und Herren, das sind doch beachtliche Zahlen. Zusätzlich wird Deutschland 408 Familien – insgesamt 1.552 Menschen, Väter und Mütter mit ihren Kindern – aufnehmen. Wir reden insgesamt also von 2.700 geplanten oder bereits erfolgten Aufnahmen. Ist das ein kleiner Schritt? – Ich meine, das ist doch ein Engagement, das sich sehen lassen kann. Das kann sich zu Recht sehen lassen und ist auch richtig. Es ist einfach unvorstellbar, wenn man darauf mit Zynismus antwortet. Ich finde diese Entscheidungen vollkommen richtig.

Ich will an dieser Stelle drei Dinge dazu sagen: Die deutsche Unterstützung ist Hilfe in einem Notfall; sie ist kein Öffnen, kein Einwandern und kein Jahr 2015. Das ist hier vollkommen dümmlicherweise behauptet worden. Ich sage noch einmal, dass das keine Wiederholung von 2015 ist. Es ist eine Unterstützung von Menschen, die in bitterster Not geraten sind. Ich hätte mir natürlich auch – ich sage das so deutlich – mehr Engagement unserer europäischen Partner vorstellen können. Ich finde zum Beispiel auch die Haltung Österreichs schade. Entschuldigung, ich kann mir das nicht verkneifen: In Österreich sind die GRÜNEN mit in der Regierungsverantwortung. Das tut vielleicht weh, wenn man das jetzt anspricht. Ich will aber auch das, bevor man immer mit dem Finger auf andere zeigt, so deutlich sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Forderungen nach einem eigenen bayerischen Aufnahmeprogramm sind einfach der falsche Ansatz, um zu helfen. Ein bayerischer Alleingang würde eine Lösung auf europäischer Ebene mindestens erschweren, ich

traue mich zu sagen: fast unmöglich machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Aufenthaltsgesetz sieht deshalb auch zu Recht Einvernehmen des Bundesministeriums zu einem Landesaufnahmeprogramm vor. Wir wissen alle, dass dieses Gesetz letztlich im Bundesrat verabschiedet worden ist und dass dort auch politische Gruppierungen, die hier im Haus mitarbeiten und mitdiskutieren, mitgestimmt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte aus diesen von mir genannten Gründen darum, die Anträge abzulehnen, und bedanke mich für die jedenfalls bis auf gewichtige Ausnahmen ordentliche und anständige Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatssekretär Eck, ich habe zwei Fragen. Zum einen interessiert mich brennend, wie viele Geflüchtete seit dem Aufnehmen durch die Bundesregierung jetzt in Bayern angekommen sind. Das interessiert mich deshalb, weil Sie immer von Tausenden gesprochen haben. Zum Zweiten: Wie viele Hilfsgüter – egal ob es sich um Matratzen oder technische Ausrüstung handelt – sind aus Bayern nach Griechenland verschickt worden?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Das sind Fragen, die ich Ihnen selbstverständlich beantworten lasse. Ich kann Ihnen sagen, dass wir über 2.700 geplante bzw. bereits erfolgte Aufnahmen reden. Ich lasse Stand heute recherchieren; das kriegen Sie dann schriftlich. – Bei den Hilfsgütern verhält es sich genauso. Mir wurde die Zahl 100.000 mitgeteilt; ich beantworte Ihnen aber auch dies schriftlich.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Danke sehr!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat

namentliche Abstimmung beantragt. Ich lasse deshalb zuerst über die beiden anderen Anträge abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/9877 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Weiter sehe ich keine Zustimmung. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIE WÄHLER-Fraktion, die CSU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/9878 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Das ist jetzt eine Premiere mit dem neuen Abstimmungsgerät. Ich darf Ihnen, damit das auch reibungslos läuft, noch einmal vortragen.

(Zuruf)

– Pardon? – Die Zwischenbemerkung ist nicht ernst zu nehmen. Danke.

(Heiterkeit)

Namentliche Abstimmungen erfolgen nunmehr elektronisch.

Das hierfür erforderliche Gerät trägt Ihren Namen und hat drei Tasten für die Abstimmung: "Ja", "Nein" und "Enthaltung". Die restlichen zwei Tasten sind nicht belegt. Eine Abstimmung ist nur im Plenarsaal möglich. Sie müssen also auch in Zukunft bei namentlichen Abstimmungen hier im Saal anwesend sein. Zu Beginn einer namentlichen Abstimmung wird das Gerät freigeschaltet, und Sie können in der vorgegebenen Zeit abstimmen. Drücken Sie hierfür bitte wahlweise die Taste "Ja", "Nein" oder "Enthal-

tung" und anschließend die "SEND"-Taste zur Übertragung Ihres Votums an das Abstimmssystem. Bitte vergewissern Sie sich immer, dass danach die Anzeige "OK" auf dem Display erscheint. Nur dann haben Sie Ihr Votum wirklich abgegeben.

Das übermittelte Votum lässt sich nach dem Absenden am Abstimmgerät nicht mehr erkennen. Sollten Sie sich unsicher sein, ob Sie das richtige Votum abgegeben haben, können Sie während des Abstimmzeitraums nochmals abstimmen. Es zählt immer das zuletzt übermittelte Votum. Ist die Abstimmung geschlossen, kann kein Votum mehr abgegeben werden. Wie bisher werden die Ergebnisse der Abstimmungen durch das Plenarreferat ausgewertet und durch die Sitzungsleitung bekannt gegeben.

Damit eröffne ich jetzt die Abstimmung. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bezweifle natürlich nicht, dass Sie die Abstimmung in sehr viel kürzerer Zeit schaffen. Aber leider steht es so in der Geschäftsordnung, die wir bis zum nächsten Mal entsprechend ändern müssen; wir werden das natürlich anpassen. Jetzt müssen wir einfach die fünf Minuten warten. Wenn Sie aufstehen, dann bitte die Abstände einhalten und die Maske aufsetzen, damit alles seine gute Ordnung hat. – Danke.

(Namentliche Abstimmung von 20:29 bis 20:34 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie um Ruhe bitten.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor ich den nächsten Punkt, den Dringlichkeitsantrag Nummer 4, aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig

Hartmann, Gülseren Demirel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Nach dem Brand in Moria muss Bayern vorangehen und ein humanitäres Zeichen setzen", Drucksache 18/9842, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 0. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.